

## Niederschrift

über die 20. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 18.03.2025  
(11. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung .....	4
1 Einwohnerfragestunde .....	4
2 Fußgängerüberweg auf der Rheinstraße Vorlage: FB5/0122/2025 .....	5
3 Bewirtschaftung im Rahmen einer zeitlichen Begrenzung auf Teilen des Hallenbadparkplatzes an der Friedenstraße. Vorlage: FB5/0127/2025.....	5
4 Haltverbot auf der Necklenbroicher Straße (L30) zwischen der Moerser Straße (L137) und der Kanzlei. Vorlage: FB5/0130/2025.....	5
5 Haltverbot auf der Meerbuscher Straße (L476) entlang der Waldruhestätte. Vorlage: FB5/0047/2025 .....	6
6 Haltverbot auf der Neusser Straße (L137) vor der Lichtsignalanlage Marienburger Straße. Vorlage: FB5/0048/2025.....	7
7 Modal Split Untersuchung. Bericht zum Forschungsprojekt Mobilität in den Städten- SrV 2023 der Technischen Universität Dresden Vorlage: DezIII/0046/2025.....	7
8 Anträge .....	7
8.1 Antrag der CDU-/FDP-Fraktion Abschaffung Elternhaltestelle Kolpingstraße .....	7
8.2 Antrag der CDU-/FDP-Fraktion Lösung für geordneten Bring- und Holdienst an der Adam-Riese-Schule .....	9
8.3 Antrag der CDU-/FDP-Fraktion Weiterführung Tempo 30 auf der Witzfeldstraße....	10
9 Anfragen .....	10
9.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Schranke Bommershöfer Weg.....	10
9.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Verbesserung Fußverkehr.....	10
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle .....	10
11 Termin der nächsten Sitzung 28.05.2025.....	11
12 Verschiedenes .....	11

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S2.1/S2.2

Beginn der Sitzung: 17:07 Uhr

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Anwesend:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Norma Köser
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Thomas Jung
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied	

**von der SPD-Fraktion**

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger	
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Herr Bernd Radmacher	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Astrid Hansen

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger
------------------------	---------------------

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Rudolf Huthmann	Sachkundiger Bürger
----------------------	---------------------

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5

**Schriftführerin**

Frau Jasmin Abel	Fachbereich 5
------------------	---------------

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Thomas Jung

Ratsmitglied

Frau Norma Köser

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Astrid Hansen

Sachkundige Bürgerin

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er weist darauf hin, dass nach der Einladung folgende Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fristgerecht eingegangen und auf die Tagesordnung aufgenommen worden seien:

Top 9.1: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Schranke Bommershöfer Weg

Top 9.2: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Verbesserung Fußverkehr

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum stellt die Frage, ob die Ergebnisse des vom Rhein-Kreis-Neuss erarbeiteten Mobilitätskonzeptes im Ausschuss für Mobilität vorgetragen werden und die Stadt Meerbusch daran beteiligt sei. Ratsherr Quaß antwortet, dass das Mobilitätskonzept noch in dieser Kreistagsperiode in einer Sitzung im September verabschiedet werden solle. Im nächsten Mobilitätsausschuss des Kreises werde es noch eine Abstimmung zwischen den Fraktionen geben, wo nochmal Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Von daher sei es nicht möglich zeitnah Ergebnisse vorzutragen, da lediglich ein Entwurf vorliege.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Ausschusssitzung gibt die Verwaltung zu Protokoll, dass diese an der Erstellung des Mobilitätskonzeptes des Rhein-Kreis-Neuss beteiligt sei.*

Die zweite Frage von Frau Dr. Blaum lautet, ob die Verwaltung im Informationsaustausch mit dem neuen Betreiber des E-Carsharing-Autos „eShare.one“ sei. Es sei als Privatnutzer kaum möglich dieses Auto zu mieten, weil es zu 80% von den Stadtwerken Meerbusch reserviert sei. Frau Frey antwortet, dass „eShare.one“ ein privater Anbieter sei und der Verwaltung keinerlei Informationen über die Vermietung vorliegen.

Anschließend fragt Frau Dr. Blaum, ob es möglich sei, den Parkplatz des Bestattungswaldes um sechs weitere Parkplätze zu erweitern. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel antwortet, dass der Parkplatz des Bestattungswaldes nicht im Eigentum der Stadt Meerbusch sei, sondern von Herrn von der Leyen. Wenn dieser den Parkplatz vergrößern wollen würde, wäre noch zu prüfen, ob er das entsprechende Baurecht dazu habe. Die Verwaltung würde das Anliegen mitnehmen und prüfen. Fraglich sei aber, ob sechs Parkplätze ausreichen würden oder nicht andere Lösungen möglich seien, da es nicht im öffentlichen Interesse stehe für mehr Parkplätze Bäume zu fällen.

Frau Dr. Blaum erkundigt sich, ob man an der Adam-Riese-Schule versenkbare Poller installieren könne, die zweimal täglich für eine Stunde vormittags und mittags zum Einsatz kämen.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass seine Erfahrungen mit Pollern nicht sehr gut seien, da die Steuerung sehr schwierig sei. Des Weiteren sei es eine recht teure Lösung, die inklusive Straßensperrung im 6-stelligen Bereich liege. Auch die Berechtigung wer diese Poller bedienen dürfe, wäre nur schwer zu regeln. Außerdem schließe eine Schulstraße ein, dass die Anwohner jederzeit ungehinderten Zu- und Abgang zu ihren Grundstücken haben müssen.

**2 Fußgängerüberweg auf der Rheinstraße**  
**Vorlage: FB5/0122/2025**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt auf der Rheinstraße (Kreisstraße 16) zwischen der Albertstraße und Zufahrt zum Ärztehaus in Lank-Latum einen Fußgängerüberweg einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob hierbei die Rahmenbedingungen wie z. B. die Beleuchtung insgesamt und die Kosten hierfür mitberücksichtigt worden seien. Herr Hartenstein bejaht dieses.

Es fällt auf, dass es in der Beschlussvorlage „Albertstraße“ statt „Arndtstraße“ heißen muss. *Anmerkung der Schriftführerin: Die Beschlussvorlage wurde entsprechend korrigiert.*

**3 Bewirtschaftung im Rahmen einer zeitlichen Begrenzung auf Teilen des Hallenbadparkplatzes an der Friedenstraße.**  
**Vorlage: FB5/0127/2025**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, auf dem Hallenbadparkplatz „Meerbad“ an der Friedenstraße eine Bewirtschaftung im Rahmen einer zeitlichen Begrenzung mit Parkscheibenregelung auf der Hälfte des Parkplatzes einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Bertholdt sagt, dass die Anzahl der PKWs in Meerbusch zunehme, auch wenn das Mobilitätsverhalten sich ändern werde. Weiterhin bestehe aufgrund dessen ein Wettbewerb und eine Konkurrenz um freie Parkräume. Ratsfrau Kohn bedankt sich für die schnelle Umsetzung vom letzten zum jetzigen Mobilitätsausschuss. Ratsfrau Neukirchen ergänzt zu Ratsherrn Bertholdts Aussage, dass es hier eher das Problem gäbe, dass die PKW-Fahrenden für Parkraum nicht bezahlen wollen, als dass er nicht vorhanden sei.

**4 Haltverbot auf der Necklenbroicher Straße (L30) zwischen der Moerser Straße (L137) und der Kanzlei.**  
**Vorlage: FB5/0130/2025**

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, auf der Necklenbroicher Straße (L30) zwischen der Moerser Straße (L137) und der Kanzlei ein absolutes Haltverbot einzurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Die Abstimmung erfolgt ohne Debatte.

**5 Haltverbot auf der Meerbuscher Straße (L476) entlang der Waldruhestätte.  
Vorlage: FB5/0047/2025**

Ratsherr Thywissen sagt, dass auf der Meerbuscher Straße entlang der Waldruhestätte schon ein Haltverbot bestehe und fragt, ob statt der Haltverbotsschilder auch Findlinge oder ein Holzzaun zum Einsatz kommen könnten. Herr Hartenstein erklärt, dass die Verwaltung dies auch vorgehabt habe, die Straße allerdings in den Zuständigkeitsbereich Straßen.NRWs gehöre und diese nur der Aufstellung von Schildern zustimme.

Ratsherr Bertholdt ergänzt, dass es auf der Meerbuscher Straße 272 dieselbe Situation gäbe, wo schon Halteverbotsschilder stehen. Dieses sei eine wichtige Maßnahme zur Sicherheit von Radfahrenden und Zufußgehenden. Er fragt, wer für die Kontrolle des Verbotes zuständig sei. Erster und Technischer Beigeordnete Apsel antwortet, dass bei ruhendem Verkehr das Ordnungsamt zuständig sei.

Ratsherr Schoenauer hält die Maßnahme für notwendig, aber nicht alleine zielführend seien. Nur starke Kontrollen seien hilfreich, die aber in Meerbusch nicht stattfinden würden, weil das Personal fehle. Er schlägt vor, die Grünstreifen naturnah zu bepflanzen. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel ergänzt, dass auch diese Lösung problematisch sei, da diese ebenfalls mit Straßen.NRW abgestimmt werden müsse. Es gäbe dort ein Entwässerungsproblem. Die Landstraße habe keine Kanalentwässerung, sondern entwässere über die Schulter. Dabei liefere Wasser von der Straße über den Grünbereich und den Geh- und Radweg in die entsprechenden Straßenseitengräben. Dieses müsse gegeben sein um zu verhindern, dass sich Wasser auf der Straße bilde. Die Verwaltung werde das Anliegen mit zu Straßen.NRW nehmen und nur dann Schilder anordnen, wenn die Bepflanzung oder ein Holzzaun/Findlinge abgelehnt werden.

Ratsfrau Neukirchen merkt an, dass die PKW-Fahrer auf die Idee kommen könnten, am Ende der Verbotsschilder zu parken. Sie fragt, welche ordnungsrechtlichen Maßnahmen die Stadt in diesem Bereich bereits vorgenommen habe. Herr Hartenstein antwortet, dass das Ordnungsamt dort regelmäßig kontrolliere. Die Verwaltung wolle aber vorher eingreifen und den Schutz der Radfahrenden und Zufußgehenden gewährleisten.

Ratsfrau Niegeloh will an die Situation vor der Einrichtung der Waldruhestätte erinnern. Das Problem des Parkens sei dort schon benannt worden. Damals sei vom Eigentümer und Verwalter der Ruhestätte zugesagt worden, dass man sich dem Parkproblem annehmen werde und beobachte. Sie bittet die Verwaltung um ein Gespräch mit Herrn von der Leyen und dem Friedwaldbetreiber, sich dem Problem nun anzunehmen und Lösungen zu erarbeiten, z. B. durch ein Shuttle-Service von Haus Meer oder durch die Einrichtung von mehr Parkplätzen.

Ratsherr Quaß sagt, dass es schon vor der Einrichtung der Waldruhestätte ein Parkplatzproblem gegeben habe und die Problematik nicht bei den Besuchern der Waldruhestätte liege, da die Beerdigungen meist unter der Woche stattfinden. Vielmehr solle der Fokus auf die Wochenenden gelegt und dort öfters durch das Ordnungsamt kontrolliert werden.

Sachkundiger Bürger Behlen fragt, ob es möglich sei, einen Fuß- und Radgängerüberweg zum Parkplatz Haus Meer einzurichten. Damals sei es verwehrt worden einen Verbindungsweg auf der Seite der K-Bahn vom Parkplatz Haus Meer zum Parkplatz Boverth einzurichten, da dort ein Naturschutzgebiet liege. Die Menschen hätten aufgrund der schlechten Erreichbarkeit des Parkplatzes Haus Meer kaum Alternativen zum Auto. Ratsherr Schoenauer sagt, dass die Forderung nach einer Vergrößerung des Parkplatzes an der Waldruhestätte uralt sei und dieses damals von der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises abgelehnt worden sei, da der entsprechende Abschnitt ein Naturschutzgebiet sei.

**6 Haltverbot auf der Neusser Straße (L137) vor der Lichtsignalanlage Marienburger Straße.**  
**Vorlage: FB5/0048/2025**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationsvorlage ohne Einwände zur Kenntnis.

**7 Modal Split Untersuchung. Bericht zum Forschungsprojekt Mobilität in den Städten- SrV 2023 der Technischen Universität Dresden**  
**Vorlage: DezIII/0046/2025**

Frau Frey beantwortet verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder zum Umfang der Auswertungen und Komplexität des Berichtes und stellt die Frage, ob zusätzlich eine detailliertere Auswertung des Mobilitätsverhaltens in den drei größten Stadtteilen beauftragt werden solle. Dieses müsse zusätzlich als Sonderposition bei jeder Beauftragung neu angemeldet werden. Seitens der Ausschussmitglieder wird eine genauere Angabe der Mehrkosten gewünscht.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Ausschusssitzung gibt Frau Frey zu Protokoll, dass eine stadtspezifische Teilraumauswertung mit Zusatzkosten von 1.935,65 Euro netto verbunden sei.*

**8 Anträge**

**8.1 Antrag der CDU-/FDP-Fraktion Abschaffung Elternhaltestelle Kolpingstraße**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Abschaffung der Elternhaltestelle auf der Kolpingstraße.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>9</b>	<b>8</b>	<b>0</b>

Der Antrag wird somit mehrheitlich beschlossen.

Ratsherr Schoenauer betont, dass seitens der CDU-Fraktion nicht einfach nur die Elternhaltestelle abgeschafft werden solle, sondern ein großes Interesse daran bestehe, einen geordneten Bring- und Holdienst an der Adam-Riese-Schule zu erarbeiten.

Ratsherr Quaß wünscht sich zunächst eine Einschätzung der Verwaltung, ob die Elternhaltestelle wirklich nicht genutzt werde und eine Kommunikation mit der Schule stattgefunden habe. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass die Elternhaltestelle keine alleinige Lösung des Problems sei, sondern ein Mittel, um an den Folgen zu arbeiten. Die Eltern werden entscheiden, ob sie diese anfahren oder welche anderen Alternativen es gäbe. Sie werde lediglich das Verhalten der Eltern beeinflussen. Ziel sei es, dass die Eltern ihre Kinder nicht mehr mit dem PKW zur Schule bringen. An der Kolpingstraße sei die Elternhaltestelle nicht ideal gelegen, es gäbe jedoch kaum Alternativen. Die Verwaltung könne dieses nochmal prüfen.

Ratsfrau Kohn teilt mit, dass sie Kontakt zur Schulpflegschaftsvorsitzenden aufgenommen und diese ihr mitgeteilt habe, dass der Großteil der Elternschaft das Konzept als etabliert sehe. Man könne das Parken auf der Karl-Borromäus-Straße auch durch Kontrollen des Ordnungsamtes unterbinden. Sie führt fort, warum nicht an einem runden Tisch aus Vertretern der Verwaltung, Eltern, Lehrern und Polizei gemeinsam an einer Lösung gearbeitet werde. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erwidert, dass die Festlegung der Elternhaltestelle durch eine Begehung mit der Verkehrsbehörde, Polizei und Schulleitung, also ein „runder Tisch vor Ort“, stattgefunden habe. Auch eventuelle zukünftige Lösungen würden in dieser Zusammensetzung vor Ort erarbeitet werden.

Ratsfrau Neukirchen ist der Meinung, dass erst eine Lösung her müsse, ehe die Elternhaltestelle abgeschafft werde.

Ratsherr Quaß bittet um Rücknahme des Antrages, so lange noch keine Alternativen vorliegen.

Ratsherr Berthold betont, dass die Erhaltung der Elternhaltestelle eine trügerische Sicherheit sei. Man hätte einen Prüfantrag stellen können, allerdings sei die Evaluation dabei schwierig bzw. nicht möglich.

Ratsherr Schoenauer teilt mit, dass die Sinnhaftigkeit der Elternhaltestelle vor Einführung bereits diskutiert worden sei. Die Schulleitung habe ebenfalls festgestellt, dass die Elternhaltestelle nicht funktioniere. Wenn etwas nicht funktioniere, müsse es abgeschafft werden. Deshalb werde der Antrag nicht zurückgezogen, sondern drüber abgestimmt.

Sachkundiger Bürger Radmacher teilt mit, dass das Konzept der Elternhaltestelle schon funktioniere. Die CDU-/FDP-Fraktion solle die Alternative sehen, dass es durch die Abschaffung einen unregulierten Hol- und Bringdienst bis direkt vor die Schule geben würde. Dieses sei eine schlechtere Lösung. Er appelliere an eine gemeinsame, bessere Lösung.

Ratsfrau Neukirchen erläutert, dass gemäß vorliegendem Antrag von Sicherheit keine Rede war, sondern nur die Parkplatzsituation als Begründung der Abschaffung genannt sei. Es müsse etwas an der Zufahrt geändert werden, was eine verkehrsrechtliche Maßnahme sei. Ratsherr Schoenauer betont, dass niemand der Ausschussmitglieder die Funktionalität der Elternhaltestelle beweisen könne. Durch das Parken auf anderen Straßen werde die Elternhaltestelle nicht angenommen.

Ratsfrau Kohn ist anderer Meinung, zumal ihr eine andere Info aus der Elternpflegschaft vorliege.

## 8.2 Antrag der CDU-/FDP-Fraktion Lösung für geordneten Bring- und Holdienst an der Adam-Riese-Schule

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Mobilität beschließt, dass die Verwaltung eine Lösung eines geordneten Bring- und Holdienstes an der Adam-Riese-Schule erarbeitet.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	2		1
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION			1
<b>Gesamt:</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>5</b>

Somit ist der Antrag mehrheitlich beschlossen.

Ratsfrau Kohn stimmt dem zu, dass die Verwaltung Lösungen erarbeiten solle, allerdings unter Beteiligung eines runden Tisches.

Ratsfrau Niegeloh stellt einen Ergänzungs-Antrag in Form einer Beteiligung verschiedener Vertreter an der Erarbeitung einer geordneteren Lösung des Bring- und Holdienstes.

Ratsherr Schoenauer betont, dass die CDU-Fraktion der Verwaltung keine genauen Vorgaben mache und die Verwaltung bei der Entscheidungsfindung alle Freiheiten habe. Ratsherr Bertholdt vertritt die Meinung, dass die Verwaltung sowieso im ständigen Dialog mit der Polizei und allen Beteiligten sei.

Anschließend wird über den Ergänzungsantrag abgestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>0</b>

Somit ist der Ergänzungs-Antrag mehrheitlich abgelehnt.

### **8.3 Antrag der CDU-/FDP-Fraktion Weiterführung Tempo 30 auf der Witzfeldstraße**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Mobilität beschließt die Weiterführung der Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h auf der Witzfeldstraße bis zum Deutschen Eck (ca. 200 m) und auf der Oststraße bis zum Haus Nr. 8 (ca. 60 m).

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Es fällt auf, dass es in dem Antrag „Oststraße“ statt „Grünstraße“ heißen muss.

*Anmerkung der Schriftführerin: Der Beschlusstext wurde entsprechend angepasst.*

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass das genannte Teilstück nicht in Stein gemeißelt sei, sondern dass die Verwaltung hier einen sinnvollen und machbaren Abschnitt wählen solle.

## **9 Anfragen**

### **9.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Schranke Bommershöfer Weg**

Ratsfrau Neukirchen fragt nach, ob es richtig sei, dass die Schranke am Bommershöfer Weg bereits seit 2,5 Wochen offenstehe. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel antwortet, dass die Schranke ein technisches Problem habe. Sie müsse komplett ausgetauscht werden. Es werde bis zum Eintreffen der neuen Schranke versucht, die alte wieder in Bewegung zu setzen. Die neuen Schranken-teile seien schon bestellt, es gäbe aber Lieferengpässe.

### **9.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Verbesserung Fußverkehr**

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Ausschusssitzung gibt die Verwaltung folgendes zu Protokoll:*

- *Kreisverkehr Strümpfer Busch: Verbesserung der Querungsmöglichkeiten.*
- *Rheinstraße: Zebrastreifen auf Höhe des Friedhofeinganges.*
- *Römerstraße: Versetzung des Zebrastreifens im Rahmen der Radwegplanung Römerstraße*
- *In Prüfung: Neuer Zebrastreifen an der Römerstraße, auf Höhe des Rewe-Marktes.*
- *Zusätzlich werden Bordsteinabsenkungen im Rahmen des laufenden Geschäftes umgesetzt.*

## **10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Es erfolgt kein Bericht der Verwaltung.

## 11 Termin der nächsten Sitzung 28.05.2025

## 12 Verschiedenes

### 1. Information zum Bau der 110 kv-Leitung

Ratsfrau Niegeloh kritisiert, dass die Bürger zu spät oder gar nicht über den Bau der neuen 110 kv-Trasse informiert werden und bittet für die Zukunft, dass „Westnetz“ frühzeitig bekanntgebe, wann welche Baumaßnahmen durchgeführt werden und mit welchen Verkehrseinschränkungen zu rechnen sei.

Auch der sachkundige Bürger Spetsmann merkt an, dass es innerhalb der 110 kv-Trasse zu einer Vollsperrung gekommen sei. Er bittet darum, dass solche großen Sperrungen zukünftig vorzeitig in der Presse bekanntgegeben werden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel teilt mit, dass die Verwaltung „Westnetz“ mit der Genehmigung detaillierte Anweisungen gegeben habe, die Baustelle frühzeitig mit der Presse zu kommunizieren. Dies erfolge von „Westnetz“ zwar über die Rheinische Post, jedoch nicht über die städtische Pressestelle. „Westnetz“ sei daraufhin informiert worden, auch die städtische Pressestelle einzubinden.

### 2. Taktung Rheinbahn

Ratsherr Quaß stellt die Frage an Frau Frey, ob ihr schon Ergebnisse von Herrn Bäumken von der Rheinbahn AG bezüglich der abendlichen Anpassung der Taktung der U76/U70 vorliegen. Frau Frey antwortet, dass Herr Bäumken an das Anliegen erinnert wurde und er mitgeteilt habe, dass er hausintern noch Beratungsbedarf bezüglich der Punkte Fahrzeuge, Personal und Kosten habe. Der Bahnstreik sei ihm dazwischengekommen. Er werde nun aber zeitnah eine Stellungnahme einreichen. Zur Taktverdichtung sei allerdings zu sagen, dass 2019 beschlossen worden sei, die U76 samstags auf einen 20-Minuten-Takt zu verdichten (zwischen 9:00 und 19:00 Uhr). Im Rahmen der Einführung des Rheintaktes, sei die U74 zusätzlich für die U76 aufgenommen worden, wodurch sich der Takt am Samstag auf 10 Minuten verdichtet habe. Die Rheinbahn möchte ungern den 10-Minuten-Takt wieder abschaffen, da dieses den Rheintakt komplett durcheinanderbringen würde. Ratsherr Quaß ergänzt, dass in dem Mobilitätsausschuss November 2024 auch darüber diskutiert worden sei, die U76 in Lörick samstags enden zu lassen, damit der Rheintakt in Düsseldorf erhalten bliebe, die Meerbuscher diesen aber nicht mitfinanzieren müssten. Er bittet darum, dass die Rheinbahn dieses nochmal prüfe.

Frau Frey antwortet, dass die Einführung des Rheintaktes 1 für die Stadt Meerbusch keine Mehrkosten verursache. Ratsherr Schoenauer ist ebenfalls der Meinung, dass die Stadt Meerbusch die Taktverdichtung am Samstag nicht benötige und dadurch Mehrkosten entstehen und deshalb abgeschafft werden müssten. Die Kosten für die Schienenkilometer würden weiterhin bestehen.

Sachkundiger Bürger Radmacher ergänzt, dass die Waggons samstags nicht ausgelastet seien und auch ein Waggon reichen würde. Allerdings sei der Anreiz die ÖPNV zu nutzen durch eine Taktverdichtung größer. Außerdem könnten die Züge der U76, die unter der Woche in Lörick enden, auch sehr leicht bis nach Meerbusch ausgeweitet werden.

Ratsherr Quaß betont die dramatische Kostenentwicklung. Ratsherr Bertholdt merkt an, dass der größte Teil der Bahnnutzer bis nach Krefeld fahre und somit die Meerbuscher die Krefelder mitfinanzieren würden. Frau Frey weist nochmal darauf hin, dass genau dieses Anliegen an die Rheinbahn AG weitergegeben worden sei und bittet aus den vorgenannten Gründen noch um etwas Geduld.

Ratsfrau Niegeloh wiederholt, dass durch den Rheintakt 1 keine Mehrkosten entstanden seien. Ratsherr Bertholdt wirft ein, dass aber durch die Anpassung Einsparungen erzielt werden könnten. Ratsfrau Niegeloh ergänzt, dass es aber falsch sei, durch Einsparungen den ÖPNV zurückzufahren. Ratsherr Bertholdt wirft ein, dass die SPD-Fraktion aber solche Beschlüsse mitgefasst habe, dass z. B. der X49 evaluiert und wenn dieser nicht genutzt, wieder eingestampft werde. Genauso würde es sich mit dem SB52 verhalten.

Meerbusch, den 4. April 2025

---

Dr. Felix Nieberding  
Ausschussvorsitzender

---

Jasmin Abel  
Schriftführer/in